



*"Krach-Mach-Tach" wirbt für Miteinander
von Menschen mit und ohne Behinderung*

**Es ist normal,
verschieden
zu sein**



Der neue Landtag nimmt Fahrt
auf: Erste "Arbeitstagung"
mit vollem Zeitplan

Berichte und Hintergründe zu den Plenarthesen der 3. Tagung im August 2012 (18. Wahlperiode) sowie Aktuelles aus dem Landeshaus - Redaktionsschluss: 17. September 2012 -

Transparenz / Wahlalter

- Diskussion über größtmögliche Offenheit
- Absenkung des Wahlalters scheint besiegelt

3

Verfassung / Ministerbezüge

- Minderheitenschutz für Sinti und Roma nimmt Kontur an
- Kabinett will eigene Einkommen kürzen

4

Kommunen / Polizei

- Freiräume sollen wieder eingengt werden
- Nord-Ampel setzt Kennzeichnungspflicht durch

5

Bäderregelung / Justizvollzug

- Verordnung soll überarbeitet werden
- Vorläufig werden keine Gefängnisse geschlossen

6

Glücksspielgesetz

- Wie kann der Alleingang abgebrochen werden?

7

Schulpolitik / Theater

Fünf Bildungsdebatten am Stück zu:

- Unterrichtsausfall, • Schülerbeförderung,
- Freie Schulen, • Lehramtsstudium, • Lehrerstellen,
- Die Bühnen im Land brauchen mehr Geld

8 u. 9

Energie / Umwelt / Agrar

- Landesregierung will beim Netzausbau Gas geben
- Deichsteuer u. • Gentechnikfreie Region im Blick

10

Autobahn 20 / Schienennahverkehr

- Ausbau der Ost-West-Route spaltet das Plenum
- CDU und FDP wollen schnellen S4-Ausbau

11

Aus den Ausschüssen...

12

Kurz berichtet...

u. a.: Ostseeparlamentarierkonferenz

13

Große "Krach-Mach-Tach"-Feier im Landeshaus

14

Veranstaltungen / Buchtipps

15

Plenartermine 2013 auf einen Blick

16

Die nächste **www.sh-landtag.de**
Plenarta-

ngung findet vom 26. bis 28. September statt. Aktuelle Informationen zu den Beratungsthemen erhalten Sie in unserem Internetangebot **plenum-online**. Die September-Ausgabe wird am Dienstag, 25. September gegen 16:00 Uhr ins Netz gestellt. Sie finden dort unter anderem den aktuellen Zeitplan, ausführliche Vorberichte und Zusammenfassungen zu allen Beratungsthemen sowie direkte Verlinkungen zu den Drucksachen und zum ParlaTV.

Titelfoto: Was für eine Party, was für ein Lärm rund um das Landeshaus: Über tausend Besucher waren am 15. September gekommen, um die von Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam gebauten "Krach-Mach-Vehikel" zu bewundern. Oben rechts ist das Siegermobil zu sehen, eine Husumer Co-Produktion des Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerkes und der Berufsschule für Gesundheit und Ernährung. Platz 2 konnte der in den Kappeler Werkstätten gebaute Drache "Nicomuck" erringen (mehr auf S. 14). (Fotos: R. Simon, Betti Bogya)

Liebe Leserinnen und Leser,

der Landtag hat Fahrt aufgenommen! Nach den konstituierenden Sitzungen vor der Sommerpause traf das neuformierte Parlament nun, im August, zu seiner ersten "Arbeits"-Tagung in dieser 18. Legislaturperiode zusammen. Wer meinte, die Landespolitiker würden mit gedrosseltem Tempo in das Tagesgeschäft im Plenarsaal einsteigen, sah sich bereits mit Blick auf die Tagesordnung eines anderen belehrt: 40 Tagesordnungspunkte, davon nur fünf ohne Aussprache angesetzt, und ein bis auf die letzte Minute gefüllter Zeitplan zeugten davon, dass das Plenum nahtlos an die kurze, aber debattenfreudige letzte Wahlperiode anknüpft. Mit durchschnittlich 80 vorgelegten Drucksachen pro Monat war die 17. Legislaturperiode bereits eine der arbeitsreichsten in der Geschichte des Landtages.

Erwartungsgemäß setzte die Nord-Ampel in dieser August-Tagung erste Akzente: Eine Vielzahl der insgesamt 14 Ersten Lesungen zielen entweder auf die Rücknahme einiger unter der alten CDU/FDP-Regierung verabschiedeten Gesetze, beispielsweise in den Bereichen Glücksspiel und Kommunalpolitik, oder auf die Umsetzung von "Herzangelegenheiten", mit denen die ehemals oppositionellen Fraktionen an der alten schwarz-gelben Koalition gescheitert waren. Stichworte hier: Wahlalter (angestoßen von der Piraten-Fraktion) und Minderheitenschutz.

Ebenfalls nicht unerwartet versuchte die neue Opposition im Plenarsaal mit Anträgen zu punkten: 20 dieser insgesamt 22 Vorlagen stammten aus der Feder von CDU oder FDP. Schwerpunktmäßig zielten diese Initiativen auf Inhalte des rot-grün-blauen Koalitionsvertrages – vornehmlich mit den Versuchen, die Nord-Ampel zu detaillierten Aussagen zu bewegen oder in Widersprüche zu verwickeln. Allein im Bereich der Schulpolitik – neben dem Thema Finanzen der Diskussionsschwerpunkt dieser noch jungen Wahlperiode – wurden fünf Ursprungsanträge gestellt (drei von der Union, zwei von den Liberalen).

Auffällig hingegen die Zurückhaltung der erstmals im Landtag vertretene Piraten-Fraktion im Plenarsaal: Sie setzte zwar ihr derzeitiges Hauptthema, die Transparenz, mit einer Aktuellen Stunde auf die Agenda, verzichtete aber darauf, bei sieben der insgesamt weiteren 20 Debatten einen Redner ans Mikrofon zu schicken.

Wie auch immer und in welchem Tempo sich die politische Landschaft zwischen den Meeren entwickeln wird: Die Landtagszeitung bleibt mit ihrer sachlichen Berichterstattung bestrebt, Ihnen das Tagesgeschäft im Landtag näher zu bringen.

Ihre Redaktion

Kurz notiert

Mit einer neuen Tonanlage...

...ist der Landtag in seine erste Tagung nach der Sommerpause gestartet. In der sitzungsfreien Zeit hatten Techniker über Wochen hinweg ein komplett neues Audiosystem im Plenarsaal installiert und hunderte Meter neue Kabel unter dem Boden verlegt sowie die Mikrofone am Präsidiums- und am Rednerpult ausgewechselt.

Die Arbeiten waren nötig geworden, nachdem die zehn Jahre alte Tonanlage, die auch bei Veranstaltungen im Plenarsaal oder der Besucherbetreuung eingesetzt wurde, im Januar während einer Landtags-sitzung für mehrere Stunden komplett ausgefallen war.



tungen im Plenarsaal oder der Besucherbetreuung eingesetzt wurde, im Januar während einer Landtags-sitzung für mehrere Stunden komplett ausgefallen war.

Transparenz und Grenzen

Mit dem Einzug der Piraten in den Landtag wird das Thema Transparenz in der Politik zunehmend diskutiert. Bei ihrer Forderung nach größtmöglicher Offenheit im Parlament bissen die Parlamentsneulinge allerdings bei den anderen Fraktionen auf Granit.

In einer von den Piraten anberaumten Aktuellen Stunde kritisierte deren Fraktionschef Patrick Breyer, dass seine Fraktion nicht zu allen Treffen der Parlamentarischen Geschäftsführer hinzugezogen worden sei. Die Redner der alteingesessenen Fraktionen entgegneten, dass es keine „standardisierten Treffen“ der Parlamentarischen Geschäftsführer Gremiums gebe, so Johannes Callsen (CDU).



In der Debatte ging es auch um die Vertraulichkeit der Sitzungen des Ältestenrates (Foto). In diesem Gremium kommen der Landtagspräsident, seine Stellvertreter sowie die Fraktionsvorsitzenden regelmäßig zusammen, um Fragen des Parlamentsbetriebs zu klären. Obwohl die Geschäftsordnung dies nicht ausdrücklich vorschreibt, wurden diese Beratungen bislang stets vertraulich behandelt. Die Piraten haben mehrmals auf ihrer Website über interne Details berichtet. Auch das führte zu Verstimmung bei den anderen Fraktionen.

Vor allem aber wiesen die anderen Fraktionen die Generalkritik von Breyer, im Landtag herrsche ein System „kollektiver Geheimhaltung“, entschieden zurück – Vorwürfe dieser Art seien „populistisch“ (Eka von Kalben, Grüne), erinnerten an das Verhalten von Kindern in „Krabbelgruppen“ (Wolfgang Kubicki, FDP) und seien Pauschalkritik

an Spielregeln, „die Sie eigentlich noch gar nicht kennen“ (Ralf Stegner, SPD).

Grundsätzlich verschließe man sich dem Thema nicht, aber auch in der Politik müsse es wie in „Unternehmen, Vereinen oder in Familien“ (Lars Harms, SSW) vertrauliche Gespräche geben, beispielsweise um Kompromisse erzielen zu können. ■

Mit 16 den Landtag wählen Breite Mehrheit unterstützt Senkung des Wahlalters

Trotz Ablehnung bei der Union und Skepsis bei den Liberalen stehen die Zeichen einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein auf Grün. Eine breite Mehrheit von SPD, Grünen, SSW und

Piraten bescheinigte den 16- und 17-Jährigen die nötige Reife für den Urnengang. Auch Innenminister Andreas Breitner (SPD) sprach in der Ersten Lesung zur Änderung des Wahlgesetzes von einem überfälligen Schritt.

Bei Kommunalwahlen dürfen Jugendliche in Schleswig-Holstein bereits ihre Stimme abgeben. Zuletzt waren SPD und Grüne 2010 sowie die Grünen 2009 dreimal mit dem Vorstoß,

dies auch auf landespolitischer Ebene einzuführen, an den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen im Landtag gescheitert. Die Initiative für den Gesetzentwurf, der an den Innen- und Rechtsausschuss

überwiesen wurde, war diesmal von den Piraten ausgegangen; SPD, Grüne und SSW schlossen sich dem Vorstoß an.

Die Gesetzesinitiative zielt nur auf das aktive, nicht aber das

passive Wahlrecht: 16- und 17-Jährige dürften zwar wählen, könnten aber nicht selbst Landtagsabgeordnete werden.

Während die Befürworter ein größeres Interesse Jugendlicher an Politik und Identifikation mit der Demokratie als Argumente nannten, mutmaßte insbesondere die CDU, es gehe den Initiatoren auch darum, eine neue Wählerschicht zu gewinnen.

In Bremen und Brandenburg dürfen 16- und 17-Jährige bereits das Landesparlament mit wählen. (Drucksache 18/101) ■

So argumentieren die Experten aus den Fraktionen:



Sven Krumbeck (Piraten): „Die Lebensumstände junger Menschen werden zunehmend stärker durch Entscheidungen in den Kommunen und im Land beeinflusst. (...) Ich halte das Wahlalter ab 16 für einen außerordentlichen Schritt in Richtung offene Politik für die kommenden Generationen.“



Axel Bernstein (Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU): „Alle Umfragen, die in diesem Zusammenhang durchgeführt wurden, (...) kommen zu dem Ergebnis: Eine deutliche Mehrheit der jungen Leute mit 16 oder 17 Jahren möchte nicht, dass sie die Wahlberechtigung haben.“



Tobias von Pein (SPD): „Junge Menschen in diesem Land nehmen schon heute viel Verantwortung auf sich und gestalten die demokratische Kultur mit. (...) Mit dem jetzigen Wahlrecht wehren wir ihnen jedoch, bei zentralen Punkten mitzubestimmen. Das darf nicht länger sein.“



Christopher Vogt (FDP): „Meine Fraktion ist sehr skeptisch, ob dies die richtige Stellschraube ist, um für mehr Interesse an der parlamentarischen Demokratie unter Jugendlichen zu sorgen. (...) Wir lassen uns aber in der Anhörung von guten Argumenten überzeugen, wenn es die gibt.“

Eka von Kalben (Fraktionschefin der Grünen): „Das Argument, 16- und 17-Jährige seien nicht mündig genug, entlarvt sich von selbst. Wahlrecht misst sich nicht an einem intellektuellen Maßstab. Es ist ein Recht, dass man sich nicht erarbeiten muss, sondern das diesen jungen Menschen zusteht.“

Lars Harms (Vorsitzender des SSW im Landtag): „Es ist eine Binsenweisheit, dass man sich erst für ein Thema interessiert, wenn man mitentscheiden kann. (...) 16-Jährige können sich eine Meinung bilden, und sie können auch Verantwortung tragen. Das gilt auch für Wahlen.“



In Schleswig-Holstein leben etwa 5.000 Sinti und Roma, hauptsächlich in Kiel, Lübeck sowie im Hamburger Randgebiet. In der Nazi-Zeit kamen rund 400 Sinti und Roma aus dem Norden in Vernichtungslagern ums Leben. Die Minderheit wurde hierzulande 1417 erstmals in Lübeck urkundlich erwähnt.

„Der Schutz ist ein wichtiges Symbol. Es geht um die Anerkennung einer Volksgruppe, die Jahrhunderte lang verfolgt wurde.“



Rasmus Andresen (Grüne). Seine Fraktion hatte die Gesetzesinitiative angestoßen

Sinti und Roma dicht vor Aufnahme in die Verfassung

Die Volksgruppe der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein hat im nunmehr sechsten parlamentarischen Anlauf gute Aussichten, künftig wie Dänen und Friesen unter den besonderen Schutz der Landesverfassung gestellt zu werden. Allein die CDU zeigte sich zurückhaltend.

Grüne, SPD, SSW, Piraten und FDP, die den Antrag eingebracht haben, stellen gemeinsam 47 Parlamentarier. Vorausgesetzt alle Abgeordneten dieser Fraktionen stimmen in der Zweiten Lesung geschlossen zu, dann ist bei insgesamt 69 Parlamentssitzen die für eine Verfassungsänderung notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit beisammen.

Einzig die CDU äußerte Bedenken. Innerhalb der Fraktion gebe es zwar auch Zustimmung für den Antrag, sagte Fraktionschef Johannes Callen, der Meinungsbildungsprozess sei aber noch nicht abgeschlossen. Es werde beispielsweise noch diskutiert, ob Sinti und Roma als eine

landesspezifische Minderheit angesehen werden können. Zuletzt war die Aufnahme der Sinti und Roma in die Verfassung im Juni vergangenen Jahres an den Enthaltungen von CDU und FDP gescheitert.

In Artikel 5 der Verfassung soll es künftig heißen: „Die nationale dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.“ Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sprach von Symbolpolitik im besten Sinne. Es sei selbstverständlich, dass die Sinti und Roma mit den beiden anderen Volksgruppen gleichgestellt würden, sagte Albig.

Klaus Schlie regt große Verfassungsreform an

Im Zusammenhang mit der sicher erscheinenden Aufnahme der Sinti und Roma in die Landesverfassung hat sich Landtagspräsident Klaus Schlie für eine grundlegende Überarbeitung der 22 Jahre alten Verfassung ausgesprochen. „Der Landtag sollte die Debatte nutzen und es nicht erneut bei einem Einzelschritt belassen“, so Schlie.



In die Diskussion um eine große Reform gehöre auch die Aufnahme eines speziell auf Schleswig-Holstein bezogenen Grundrechtskatalogs, sagte der Landtagspräsident. Auch gebe es bereits Überlegungen zu Punkten wie Regelungen zum Datenschutz, ein neues Weisungsrecht des Landtages zum Abstimmungsverhalten der Lan-

desregierung im Bundesrat oder belebende Elemente zum Ausbau der norddeutschen Kooperation.

Schlie kündigte an, mit den Landtagsfraktionen diesbezügliche Gespräche aufzunehmen: „Es ist an der Zeit, die 1990 erarbeitete Landesverfassung einer mittlerweile grundlegend veränderten Lebenswirklichkeit anzupassen.“

Regierung kürzt eigene Bezüge

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) und seine Minister wollen ihre eigenen Bezüge kürzen. Das Land soll so 75.000 Euro im Jahr sparen.

Bislang erhalten Minister und Ministerpräsident 109,3 Prozent der Beamten-Besoldungsgruppe B10 beziehungsweise B11. Beides soll auf jeweils 104,8 Prozent heruntergefahren werden. Damit würde das Gehalt des Regierungschefs von 12.595 Euro auf 12.076 sinken. Seine Minister würden 11.132 Euro statt bislang 11.610 erhalten. Außerdem sollen die steuerfreien Aufwandsentschädigungen entfallen (143 Euro/Minister; 265 Euro/Ministerpräsident). Regierungsmitglieder, die zugleich Parlamentarier sind, sollen zudem nur noch 750 Euro statt wie bisher 1.500 Euro monatlichen Zuschuss für die Altersversorgung bekommen.

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Wir wollen ein Signal geben, dass wir als politisch Verantwortliche einen eigenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.“ CDU, FDP und Piraten hielten der Regierung vor, lediglich zwei Drittel der Kosten einzusparen, die durch einen zusätzlichen elften Staatssekretär entstünden.

Die Gesetzentwürfe werden im Finanzausschuss beraten.

Weitere Redner: T. Koch (CDU), P. Eichstädt (SPD), E. von Kalben (Grüne), H. Garg (FDP), T. Schmidt (Piraten), L. Harms (SSW) / (Drs. 18/31, /115)

Vorgaben kommen wieder aus Kiel

Kehrtwende für Kommunen

Rolle rückwärts: Die Koalition will eine Reihe kommunalpolitischer Entscheidungen ihrer schwarz-gelben Vorgänger zurückdrehen. Um eine übertriebene Konkurrenz innerhalb der kommunalen Familie zu verhindern, sollen den Kreisen und Gemeinden einige gerade erst gewährte Freiräume in den Bereichen Straßenbaugebühren und Regionalplanung wieder beschnitten werden. SPD, Grüne und SSW setzen wieder auf zentrale Vorgaben aus Kiel. CDU und FDP protestieren vehement.

Straßenbau: Seit März können Kommunen selbst entscheiden, ob sie die Anwohner an den Kosten beteiligen, wenn Straßen ausgebaut werden. Zuvor waren die Kommunen verpflichtet, Beiträge zu kassieren. Diesen Zustand will die Nord-Ampel nun wieder herstellen, um einen „Konkurrenzkampf zwischen Nachbarkommunen um die geringsten Infrastrukturkosten“ zu vermeiden, so Ines Strehlau (Grüne). Die Pflicht zur Kostenbeteiligung greife massiv in die „Rechte und Gestaltungsmög-

lichkeiten von Kommunen“ ein, entgegnete Petra Nicolaisen (CDU).

Regionalplanung: Schwarz-Gelb hatte kurz vor der Wahl im Mai zudem beschlossen, dass die Regionalpläne künftig in den Regionen erarbeitet werden sollen – und nicht mehr zentral vorgegeben werden. Jeder der fünf Planungsräume sollte selbst entscheiden, wo Wohn-, Gewerbe- oder Schutzgebiete eingerichtet werden. Das Regelwerk sollte am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Nun wollen

SPD, Grüne und SSW das Gesetz wieder aufheben. Das Argument: Eine zentrale Regelung fördere eine Konkurrenz zwischen den Kreisen, die zu Überkapazitäten, Leerstand und unverhältnismäßigem Flächenverbrauch führen könnte. Rot-Grün-Blau habe offenbar Angst vor zu viel Eigenständigkeit vor Ort, argwöhnte die Opposition.

Bürgermeister: Außerdem wird die Wahl von hauptamtlichen Bürgermeistern in Orten zwischen 4.000 und 8.000 Einwohnern neu geregelt. Bisher werden die Verwaltungschefs von der Gemeindevertretung gewählt. Künftig müssen die Bürger, wie auch schon in größeren Orten, an die Urnen gerufen werden.

Die Ausschüsse Innen und Recht sowie Finanzen beraten weiter.

Weitere Redner: K. Dolgner (SPD), W. Kubicki (FDP), L. Harms (SSW), Innenminister A. Breitner (SPD) - die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drs. 18/90, /91, /92) ■

Breite Kritik am Meldegesetz

Mit breiter Mehrheit hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, dem verschärften neuen Meldegesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Union und FDP hatten die Reform Ende Juni während einer EM-Fußballübertragung im nur spärlich besetzten Bundestag verabschiedet. Der Haupt-Kritikpunkt von Piraten, Koalitionsfraktionen und Nord-FDP: Bürger müssten künftig nicht mehr einwilligen, wenn Datenhändler bei den Behörden persönliche Informationen abfragen. Zuvor war die ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen erforderlich. Es drohe ein „Ausverkauf der Daten“, mahnte Patrick Breyer (Piraten). Er monierte unter anderem auch, dass Hotels wie bisher schon die Daten ihrer Gäste melden sollen, und dass Vermieter jeden Ein- und Auszug beim Amt anzeigen sollen. Demgegenüber warnte Axel Bernstein von der CDU vor einer „Aushöhlung des Meldewesens“.

Nach bundesweiten Protesten hat der Innenausschuss des Bundestages Anfang September eingewilligt, das Gesetz im Vermittlungsausschuss nachzuverhandeln.

Weitere Redner: P. Eichstädt (SPD), B. Peters (Grüne), W. Kubicki (FDP), L. Harms (SSW), Innenminister A. Breitner (SPD) / (Drs. 18/102, 132) ■

Nord-Ampel setzt neue Kennzeichnung durch



Das Verhältnis zwischen Demonstranten und Polizisten ist nicht immer einfach. Eine individuelle Kennzeichnung mit einer zusätzlichen Ziffer für jeden Beamten soll das Auftreten der Ordnungshüter nun „nachvollziehbar“ machen

Bei Demonstrationen oder Fußballspielen werden Schleswig-Holsteins Polizisten künftig persönlich gekennzeichnet auftreten. So sollen sie leichter identifiziert werden können, wenn es Beschwerden gibt. SPD, Grüne und SSW, die die Kennzeichnungspflicht bereits in ihrem Koalitionsvertrag verankert hatten, stellten sich auch im Landtag in namentlicher Abstimmung hinter das Vorhaben. Die Piraten unterstützten den Schritt, während Union und FDP scharfe Kritik übten.

In einer emotional geführten Debatte betonte Innenminister Andreas Breitner (SPD), dass die Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung bei Großeinsätzen „kein Misstrauensvotum“ gegen die Polizei darstelle. Die Regelung solle noch in diesem Jahr kommen. Laut den Plänen sollen die Beamten neben der Gruppenkennzeichnung eine weitere Ziffer auf ihrer Kleidung tragen. Darüber hinaus will sich Breitner für eine bundeseinheitliche

Lösung einsetzen. Derzeit haben Brandenburg und Berlin die Kennzeichnungspflicht schon eingeführt.

Astrid Damerow (CDU) ging auf Gegenkurs: Die Sondereinsatzkommandos und die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei befänden sich oft in schwierigen und gefährlichen Situationen. Sie verdienten die Unterstützung der Politik und nicht „das Herabsetzen ihrer persönlichen Sicherheit“. Wolfgang Kubicki (FDP)

-Fortsetzung auf Seite 6-

-Fortsetzung von Seite 5-

warnte vor „Anarcho-Gruppen“, die Demo-Einsätze filmten und anschließend dazu aufriefen, sich um einzelne Polizisten zu „kümmern“. Er sei nicht bereit, die Fürsorgepflicht des Staates für seine Ordnungshüter „auf dem Altar eines vordergründigen Populismus“ zu opfern.

Die SPD-Abgeordnete Simone Lange unterstrich dagegen, dass polizeiliches Handeln „nachvollziehbar“ sein müsse: „Zur Nachvollziehbarkeit

gehört, dass Bürgerinnen und Bürger wissen, welche Polizeibeamtin oder welcher Polizeibeamte ihnen gegenübersteht.“ Burkhard Peters (Grüne) gab zu bedenken, dass auch Polizisten „nicht von vornherein über jeden Verdacht erhaben“ seien. Das zeigte etwa die vielfach als unverhältnismäßig kritisierten Einsätze gegen Demonstranten beim Umbau des Stuttgarter Bahnhofes. „Jeder Polizeibeamte ist für sein Handeln verantwortlich“, meinte auch Lars

Harms (SSW): „Doch ohne individuelle Zuordnung wird dieses Prinzip ausgehebelt.“

Um die Anonymität der Beamten zu gewährleisten, schlugen Kubicki und Wolfgang Dudda (Piraten) einen Code vor, der „von Einsatz zu Einsatz wechselt und eben nicht nachvollziehbar ist über die Einheit“. Dieses Ansinnen stieß bei der Koalition auf Zuspruch. Eine Arbeitsgruppe soll nun die Details klären.

(Drucksache 18/89) ■



Im November 2013 läuft die schleswig-holsteinische Bäderregelung aus, die es Läden in Tourismus-Orten wie Büsum (Foto) erlaubt, auch an Sonntagen zu öffnen. Bereits jetzt kocht die Diskussion darüber hoch, ob die Verordnung künftig beibehalten oder schärfer gefasst werden soll.

CDU und FDP im Landtag machen sich für die bisherige Lösung stark. Die erlaubt die Sonntagsöffnung in 180 schleswig-holsteinischen Kur- und Badeorten in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 31. Oktober des Folgejahres. Maximale Öffnungszeiten: 11 bis 19 Uhr. Etwa 95 Orte nehmen die Regel in Anspruch. Die Sonntagsöffnung belebe den Tourismus, Sorge bei vielen Geschäften für wichtige Zusatzeinnahmen und sichere so Arbeitsplätze, hieß es bei Schwarz und Gelb. Die Piraten forderten eine noch weitergehende Liberalisierung.

Die Nord-Ampel will die Bäderverordnung jedoch „auf ein ausgewogenes Ausnahme-Regel-Verhältnis“ zurückführen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Im Oktober sollen Gespräche mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen beginnen, um einen breiten Konsens in dieser Frage zu finden. Das kündigte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) an. Er wolle verhindern, dass Gerichte

über die Bäderregelung entscheiden. Denn: Die evangelische und die katholische Kirche haben vor dem Oberverwaltungsgericht Schleswig eine Normenkontrollklage gegen die jetzige Bäderregelung angestrengt. In Mecklenburg-Vorpommern führte eine ähnliche Klage bereits dazu, dass der Sonntagsschutz deutlich verschärft wurde.

Weitere Redner: H. Hamerich (CDU), P. Eichstädt (SPD), A. Tietze (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), P. Breyer (Piraten), L. Harms (SSW) / (Drucksachen 18/95neu, /113) ■

JVA bleiben zunächst erhalten

Bis Ende 2015 werden keine Justizvollzugsanstalten im Lande geschlossen. Damit bleibt auch die JVA Flensburg zunächst bestehen. Der Grund: Überbelegung.

Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) wies in einem von der FDP angeforderten Bericht darauf hin, dass in den nächsten Jahren durchgängig 120 Haftplätze fehlen, weil ein Hafthaus in Neumünster saniert wird. Darum gebe es derzeit eigentlich nicht zulässige, aber von 50 bis 100 Gefangenen geduldete Mehrfachbelegungen. Die von der CDU/FDP-Vorgängerregierung vorgesehene Schließung der JVA Flensburg sei daher nicht möglich. Eine Schließung der JVA Itzehoe sei frühestens Ende 2015 denkbar. Union und Liberale forderten eine langfristige Planungssicherheit für alle JVA im Lande.

Sicherungsverwahrung: Die derzeit elf schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten werden ab 1. Juni 2013 in Hamburg-Fuhlsbüttel untergebracht. Dafür bekommt die Hansestadt 604.000 Euro, was einem Tagessatz pro Person von 250 Euro entspreche, rechnete Spoorendonk vor. FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki riet dazu, eine Unterbringung im Lande zu bauen: „Das wäre nicht teurer, als die betroffenen Personen in anderen Ländern unterzubringen.“ Weitere Redner: B. Ostmeier (CDU), T. Rother (SPD), B. Peters (Grüne), J. Waldinger-Thiering (SSW) - die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drs. 18/83) ■

Landesrichtergesetz geändert

Wenn der Landtag den Richterwahlausschuss besetzt, dann werden die Sitze künftig nach einem neuen Verteilungsschlüssel unter den Fraktionen aufgeteilt. Wie bei der Mandatsverteilung nach der Landtagswahl, so wird auch bei diesem Gremium vom d'Hondt-Verfahren auf das System Sainte-Laguë/Schepers umgestellt. Das neue System verringert den bisherigen Verzerrungseffekt zuungunsten kleinerer Parteien. Ein entsprechender überfraktioneller Gesetzentwurf wurde in Zweiter Lesung verabschiedet. Der Richterwahlausschuss entscheidet über Anstellung, Beförderung oder Versetzung von Richtern. (Drucksachen 18/55, /122)

Ein Minister zwischen den Stühlen:

Wie gelingt der Ausstieg aus dem Glücksspielgesetz?

Ausgang gesucht: Die von SPD, Grünen und SSW anvisierte Abkehr vom schleswig-holsteinischen Glücksspiel-Alleingang könnte langwierig und rechtlich kompliziert werden. Das wurde in der Ersten Lesung eines Gesetzespakets deutlich, mit dem die Nord-Ampel das umstrittene Glücksspielgesetz der schwarz-gelben Vorgängerkoalition aufheben und dem ebenfalls viel kritisierten Staatsvertrag der anderen 15 Bundesländer beitreten will. Das Verfahren könnte bis ins nächste Jahr andauern, hieß es. CDU, FDP und Piraten griffen den Kurs der Koalition scharf an.

Mit einer „bloßen Aufhebung des Glücksspielgesetzes ist es nicht getan“, stellte Innenminister Andreas Breitner (SPD) in einer emotionalen Landtagsdebatte klar. Der Staatsvertrag müsse vom Ministerpräsidenten unterzeichnet, vom Landtag ratifiziert und per Landesgesetz in Kraft gesetzt werden. Zudem müsse die EU der Aufhebung des bisherigen Glücksspielgesetzes und dem Beitritt zum Staatsvertrag zustimmen. Die Details werden nun im Innen- und Rechtsausschuss sowie im Finanzausschuss geklärt. Währenddessen müsse das Land weitere Wett- und Spieleanbieter nach den bisherigen Regeln zulassen, wie Breitner betonte.

Konsequenz: Bereits wenige Tage nach der Debatte erhielten noch einmal fünf Sportwetten-Anbieter eine Lizenz bis 2018. Damit haben insgesamt zwölf Firmen aus der Glücksspielbranche die Erlaubnis, im Lande aktiv zu werden. 44 weitere Unternehmen haben laut Innenministerium einen Antrag gestellt – und auch die hätten einen „Rechtsanspruch auf Genehmigung“, so Breitner, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen.

„Verbrannte Erde“ kontra „modernstes Gesetz“

Für die vertrackte Rechtslage machte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner die Vorgängerkoalition verantwortlich: Schwarz-Gelb habe „mutwillig verbrannte Erde hinterlassen“ und eine Politik gegen das „Ansehen und die Seriosität unseres Landes“ betrieben. Das wies der CDU-Abgeordnete Hans-Jörn Arp empört zurück. Schleswig-Holstein habe zurzeit das „modernste Glücksspielgesetz Europas“, sagte er und wies in diesem Zusammenhang auf europarechtliche Vorgaben hin (s. Kasten rechts): „Der Weg, den wir gehen, ist rechtskonform, der Weg, den Sie gehen, ist falsch.“

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki warf Stegner „Impertinenz und Unverfrorenheit“

vor, nachdem der SPD-Politiker das schwarz-gelbe Gesetz als „Einfallsstreich für Geldwäsche“ bezeichnet hatte. Kubicki erinnerte daran, dass SPD-Ministerpräsident Torsten Albig während seiner Zeit als Kieler Oberbürgermeister Wettfirmen als Sponsoren in die Landeshauptstadt eingeladen habe. Insofern seien Stegners Attacken auch ein „Angriff auf Herrn Albig“. Patrick Breyer von den Piraten hielt den Staatsvertrag ebenfalls für „nicht akzeptabel“, weil er Spieler zu ausländischen Anbietern dränge, wo eine Kontrolle dann nicht mehr möglich sei.

Rasmus Andresen (Grüne) und Lars Harms (SSW) lehnten einen liberalisierten Wett- und Spielmarkt wegen der Suchtgefahren ab. Der Sonderweg im Norden habe „vor allem eine Verlierergruppe, nämlich die Suchtkranken“, mahnte Andresen. Die „sozialen Folgekosten“ seien wesentlich höher als die zusätzlichen

Einnahmen. Harms ergänzte: „Es ist nicht staatliche Aufgabe, mehr Süchtige zuzulassen, um Geld zu verdienen. Es ist staatliche Aufgabe, Sucht zu verhindern.“

Interessenkonflikte bei Lizenzprüfung?

Die Opposition rückte einen weiteren Aspekt auf die Tagesordnung. Laut Staatsvertrag werden die Wettlizenzen zentral vom Land Hessen erteilt, das wiederum ein Kölner Anwaltsbüro mit der Prüfung der Anträge beauftragt. Diese Kanzlei vertritt auch den deutschen Lotto- und Totoblock – und damit den staatlichen Konkurrenten der privaten Wettfirmen. Hier seien Interessenkonflikte vorprogrammiert, hieß es bei CDU, FDP und Piraten. Das Land müsse sich dafür einsetzen, dass die Kölner Kanzlei nicht mehr mitmischet. Dies lehnte die Koalition jedoch ab.

(Drucksachen 18/79, /104, /107, /108) ■

Auf getrennten Wegen...

Die Glücksspieldebatte schwelt seit Jahren. 2010 hat der Europäische Gerichtshof EuGH den damaligen Glücksspielstaatsvertrag der 16 Bundesländer scharf kritisiert und Nachbesserungen angemahnt. Knackpunkt: das staatliche Wettmonopol in Deutschland. Die alte CDU/FDP-Koalition im Norden hat sich daraufhin von der Linie der übrigen 15 Länder abgesetzt. Das 2011 verabschiedete Landes-Glücksspielgesetz räumt privaten Anbietern weit mehr Möglichkeiten ein als der neue Staatsvertrag der 15. Dieser verbie-

tet nicht nur Online-Casinospiele, sondern begrenzt auch die Zahl der Sportwetten-Lizenzen auf 20. Im Norden gibt es keine Limitierung. Sowohl Schleswig-Holstein als auch die anderen Länder haben außerdem schärfere Bestimmungen zum Spieler- und Jugendschutz erlassen – auch das eine Forderung des EuGH. Die Regelungen benötigen die Zustimmung der EU-Kommission. Das schwarz-gelbe Landesgesetz hat bereits das OK aus Brüssel, während der Staatsvertrag noch kein endgültiges grünes Licht hat.

Innenminister Andreas Breitner (SPD) in der Bredouille: Auf der einen Seite will er die Zahl der privaten Wett- und Spiellizenzen limitieren, auf der anderen Seite muss er derzeit jeden Bewerber zulassen, der die von Schwarz-Gelb vorgegebenen Auflagen erfüllt.



Schülerbeförderungskosten: Kommt die "Kann"-Regelung?

Gegen den entschiedenen Willen der CDU wollen die anderen Fraktionen im Landtag den Kreisen freistellen, ob sie Kosten für die Schulbusse übernehmen oder ob sie die Eltern zur Kasse bitten.

SPD, Grüne und SSW unterstützten einen von Liberalen und Piraten eingebrachten Gesetzentwurf in Erster Lesung. Die Entlastung sei ein wichtiges Signal für Familien aus ländlichen Gebieten, die gegenüber Familien in Städten benachteiligt seien, sagte der Piraten-Abgeordnete Sven Krumbeck. Zudem gebe es Handlungsbedarf, nachdem der Kreis Dithmarschen vor das Landesverfassungsgericht gezogen war.

Der Kreis hatte sich gegen die im August 2011 von der damaligen schwarz-gelben Koalition verordnete Eigenbeteiligung von Eltern gewandt, fühlte sich in seinem Recht auf kommunale Selbstverwaltung verletzt. Das Gericht sah dies anders: Knapp zwei Wochen nach der Landtagsdebatte urteilten die Verfassungsrichter, die Kreise dürfen nicht gegen das von Schwarz-Gelb erlassene Gesetz verstoßen. Das heißt: Solange die jetzt angepeilte "Kann"-Regelung nicht im Schulgesetz verankert



ist, müssen sich Eltern vorerst weiter an den Kosten für den Überland-Schulbus beteiligen. Je nach Region zahlen Eltern 70 bis 100 Euro pro Jahr für das erste Kind.

Anita Klahn, deren FDP-Fraktion die Elternbeteiligung mit der CDU in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen hatte, begründete ihren Meinungsschwenk mit dem entfallenen Koalitionszwang. Ihre Partei sei schon immer gegen eine Zwangsbeteiligung gewesen. Der CDU-Abgeordnete Tobias Koch sprach von „taktischen Spielchen“ wenige Monate vor der Kommunalwahl.

Weitere Redner: K. Vogel (SPD), A. Erdmann (Grüne), J. Waldinger-Thiering (SSW), Ministerin W. Wende (parteilos)/(Drs. 18/75neu) ■

Wende: „Bildungspolitik ohne Dialog ist zum Scheitern verurteilt“

CDU und FDP: Werbeveranstaltung und leere Worthülsen

In der ersten großen schulpolitischen Debatte dieser Wahlperiode hat Schleswig-Holsteins neue Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) angekündigt, im offenen Dialog die Zukunft der Schullandschaft im Lande gestalten zu wollen. Knapp drei Wochen vor

der von ihr initiierten Bildungskonferenz (s. Artikel unten) sagte sie im Plenum: „Bildungspolitik ohne Dialog mit den Beteiligten ist zum Scheitern verurteilt.“ Dies bedeute aber nicht, so Wende, „dass wir ohne eigene Vorstellungen in diesen Dialog gehen“.

In einem von der CDU geforderten Bericht zur Schulentwicklung und zum Unterrichtsausfall sagte sie, dass wie im Koalitionsvertrag vereinbart an Schleswig-Holsteins Schulen 300 Lehrerstellen erhalten bleiben sollen und damit die von der Vorgängerregierung vorgenommene Streichung von 600 Planstellen halbiert werde. 180 dieser Stellen sollen auf Gemeinschaftsschulen entfallen, 120 seien für den Inklusionsunterricht an Grund- und Berufsschulen gedacht.

Die Ministerin bezeichnete dies als „erste Maßnahme gegen den Unterrichtsausfall“. Im Gegenzug soll die im Frühjahr vorgenommene Verdoppelung des Vertretungsfonds auf 24 Millionen Euro wieder auf 12,1 Millionen heruntergefahren werden.

Die Bildungsexpertin der CDU, Heike Franzen, vermochte in der Rede der Bildungsministerin nur „wolkige Worte“ herauszuhören. Die Bildungskonferenz sei „ein Werbeblock für die vermeintliche Dialogpolitik

der neuen Landesregierung“, da die Verständigung über die künftige Schulstruktur längst im Kreis von SPD, Grünen und SSW stattgefunden habe. Und Anita Klahn von den Liberalen sprach von einer Schultüte mit einem „tiefen dunklen Loch“, in dem Schulfrieden, Elternwille sowie Eigenständigkeit und Wahlfreiheit der Schulen verschwänden.

Redner von SPD, Grünen und SSW lobten dagegen den neuen Dialog-Stil in der Bildungspolitik. Mit Blick auf die Kritik von CDU und FDP sagte Martin Habersaat (SPD), „jeder Dialog ist besser als gar keiner“, Jette Waldinger-Thiering (SSW) versprach, verlorenes Vertrauen bei Eltern und Schülern wieder aufzubauen, und Anke Erdmann (Grüne) nannte es eine „Unverfrorenheit“, nach nicht einmal 100 Tagen von der Ministerin ein Konzept gegen den Unterrichtsausfall zu erwarten.

Wolfgang Dudda (Piraten) forderte in einem Kurzbeitrag dazu auf, auch die Ursachen für die „exorbitant hohe Krankenzahl bei Lehrern“ näher zu beleuchten. (Drs. 18/96, /97) ■

Überraschung auf dem Bildungsgipfel

Bildungsministerin Wende hat bei der Bildungskonferenz am 8. September in Kiel überraschend eine Verschiebung der Reform des Schulgesetzes angekündigt.

Die Koalition habe den Zeitplan für die Schulgesetzgebung verschoben, weil sie den Dialog ernst nehme und Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehe, sagte Wende vor den rund 130 Konferenzteilnehmern, vor allem Lehrer- und Elternvertreter, Politiker sowie Wissenschaftler. Sie zeigte sich offen

dafür, Ergebnisse aus dem Austausch in eine Gesetzesreform einfließen zu lassen, die zum Schuljahr 2014/15 in Kraft treten könne. Laut Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW sollte ein neues Schulgesetz eigentlich ein Jahr früher gültig werden.

Auf der Bildungskonferenz hatten die Bildungsfachleute in verschiedenen Workshops zu schulpolitischen Themen diskutiert. In den kommenden zwei bis drei Monaten sollen weitere Zusammenkünfte folgen.

Weitere bildungspolitische Debatten...

...zeigen, dass es noch ein langer Weg bis zum "Schulfrieden" im Parlament ist. Die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP haben neben der Aussprache zur grundsätzlichen Ausrichtung der Schulpolitik (siehe Artikel Seite 8) drei weitere Bildungsdebatten auf die Tagesordnung gehoben.

Freie Schulen:

Eine Forderung der Liberalen, die landesweit rund 25 deutschen Schulen in privater Trägerschaft besser zu stellen, ist auf breiten Zuspruch bei den anderen Landtagsfraktionen gestoßen.

Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) kündigte an, in den nächsten Monaten unter Einbeziehung des Landesrechnungshofes eine auf Dauer tragfähige finanzielle Förderung der freien Schulen zu finden. Die Koalition forderte bis zum Sommer kommenden Jahres einen verbindlichen Gesetzentwurf an.

Anfang September wurde bei der Vorstellung der ersten Eckwerte für den Landeshaushalt 2013 bekannt, dass es für die deutschen Schulen in freier Trägerschaft – etwa Waldorfschulen oder christliche Schulen – im nächsten Jahr 1,5 Millionen Euro mehr geben soll. Bis 2017 sollen die Zuschüsse auf 7,5 Millionen Euro ansteigen.

Über die Forderung der CDU, die Wartefrist für neue Privatschulen zu verkürzen, bis sie ein Anrecht auf staatliche Zuschüsse haben, wird im Bildungsausschuss diskutiert.

In Schleswig-Holstein besuchen rund vier Prozent der Schüler eine freie Schule, im Bundesdurchschnitt sind es rund acht Prozent.

Weitere Redner: A. Klahn (FDP), H. Franzen (CDU), K. Vogel (SPD), A. Erdmann (Grüne), Waldinger-Thiering (SSW) - die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drs. 18/77, /116, /121) ■

Lehramtsstudium:

Das vor der Wahl von Schwarz-Gelb beschlossene Konzept zur Neuordnung der Lehramts-Studiengänge wird nicht umgesetzt. Stattdessen kommt die sogenannte Stufenlehrer-Ausbildung.

Ein Antrag der CDU für das alte Konzept wurde von SPD, Grünen, SSW und Piraten abgelehnt. Laut den Zielsetzungen, die die Vorgängerregierung mit der Uni Flensburg auf den Weg gebracht hatte, sollte ab dem Wintersemester 2013/14 ein neues Lehramt für Regional- und Gemeinschaftsschulen sowie ein eigenständiges Lehramt für Grundschulen entstehen.

Die Nord-Ampel setzt dagegen auf das sogenannte Stufenlehrer-Konzept. Angehende Pädagogen sollen demnach nicht mehr für einzelne Schularten, sondern für verschiedene Altersstufen ausgebildet werden. Die Ausbildung für die Grundschule und die Sekundarstufe I soll in Flensburg stattfinden, während die Kieler Uni für die Oberstufe zuständig sein soll.

Hintergrund: Ende 2013 läuft die Akkreditierung der derzeitigen Lehramts-Studiengänge durch ein unabhängiges Fachinstitut aus. Die Studiengänge in Flensburg müssen daher umgestaltet und an die Veränderungen im Schulsystem angepasst werden.

Redner: D. Günther (CDU), M. Habersaat (SPD), R. Andresen (Grüne), C. Vogt (FDP), Waldinger-Thiering (SSW), Bildungsministerin W. Wende (parteilos) - die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drs. 18/77, /116, /121) ■



Lehrerstellen:

SPD, Grüne und SSW haben es abgelehnt, im September einen Nachtragshaushalt vorzulegen, um die Mittel für 300 zusätzliche Lehrstellen (s. Seite 8) schnellstmöglich bereitzustellen.

Heiner Garg, dessen FDP-Fraktion den Antrag gestellt hat, argumentierte, die Koalition habe im Wahlkampf versprochen, bereits zu Beginn dieses Schuljahres mehr Lehrer an die Schulen zu schicken. Redner der Koalition hielten dagegen, dass eine feste Anstellung der Pädagogen wegen des langen Vorlaufs beim Personal-Zuweisungsverfahren im August nicht möglich gewesen sei. Lars Winter (SPD): „Bei uns geht Genauigkeit vor Schnelligkeit.“ Die Lehreraufstockung soll, so Finanzministerin Monika Heinold (Grüne), zum zweiten Halbjahr im Februar 2013 greifen. Der Antrag der Liberalen wurde von Rot-Grün-Blau in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Hinweis: Mehr zum Thema Landeshaushalt auf Seite 12.

Weitere Redner: T. Koch (CDU), A. Erdmann (Grüne), T. Schmidt (Piraten), J. Waldinger-Thiering (SSW) / (Drs. 18/94) ■

Theater brauchen Geld

Seit Juni 2011 ist das marode Schauspielhaus in Schleswig geschlossen. Befürchtungen, dass damit der Standort des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters gefährdet ist, beschwichtigte Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW): Im Gespräch seien Pläne für eine "multifunktionale Spielstätte" an der Schlei.

Zugleich stellte die Ministerin in einem von der FDP beantragten Bericht in Aussicht, ab der Spielzeit 2013/14 wieder zu einer dynamischen, den steigenden Kosten angepassten Finanzförderung für die großen Landesbühnen zurückzukehren. Schwarz-Gelb hatte 2009 die Landeszuweisungen für die Theater und Orchester bei 36,7 Millionen Euro pro Jahr eingefroren.

Spoorendonk räumte ein, dass sich die Theater in Kiel und Lübeck sowie die Bühnen des Landestheaters trotz aller Sparanstrengungen in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Union und FDP warfen der Ministerin vor, zaghafte zu agieren und „die tatsächliche Haushaltslage zu unterschätzen“, so Anita Klahn (FDP).

Weitere Redner: P. Sönnichsen (CDU), B. Raudies (SPD), M. Fritzen (Grüne), J. Waldinger-Thiering (SSW) - die Piraten verzichteten auf ein Rede / (Drs. 18/78) ■



Sorgenkind an der Schlei: Seit über einem Jahr ist das Schleswiger Theater wegen Einsturzgefahr des Daches geschlossen. Wann und ob saniert werden kann, wird noch geprüft. Immerhin konnte Anfang September eine Ausweibühne im Slesvigshus eröffnet werden. Die Stadt Schleswig und der Sydslesvigsk Forening investierten dafür jeweils 600.000 Euro, so das Kulturministerium.

Energiewende:

Landesregierung will Gas geben



Energieminister Robert Habeck (Grüne): Die Energiewende wird weder am Naturschutz „noch an Bürgerprotesten“ scheitern

Der Netzausbau bleibt der Hinkefuß der Energiewende. Nach Angaben von Energieminister Robert Habeck (Grüne) wurden im Jahr 2010 in Schleswig-Holstein 18 Millionen Euro an Entschädigungen für „abgegebenen“ Strom bezahlt, der aufgrund fehlender Lei-

tungen nicht genutzt werden konnte. Mit der Ausweitung der Windeignungsflächen um 1,5 Prozent der Landesfläche könne diese Summe noch deutlich ansteigen, „wenn der Netzausbau nicht in die Puschen kommt“, sagte Habeck in einer Regierungserklärung.

Vor diesem Hintergrund kündigte der Minister an, „den Turbo“ einzuschalten: „Wir kämpfen gegen jede Kilowattstunde, die nicht ins Netz aufgenommen wird.“ Denn: Bislang gehe „alles zu langsam, wird zu spät fertig“. Die Landesregierung werde „unbürokratisch und schnell“ die beste Lösung für den Bau neuer Leitungen vor allem entlang der Westküste und in Ostholstein finden.

Mit Blick auf die Strompreise warf Habeck den großen Stromkonzernen vor, gesunkene Strombeschaffungskosten nicht an den Kunden weiterzugeben, sondern dafür satte Gewinne einzustreichen und das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) für Preissteigerungen unverantwortlich heranzuziehen. Und in Richtung Bundesregierung mahnte Habeck: „Die Deckelung von Wind-Onshore im Norden macht die Energiewende teuer, und sie ist falsch.“

Stimmen aus dem Plenum:

• *Johannes Callsen (CDU):* Die Regie-

rungserklärung war eine Ansammlung von ideologisch beeinflussten Vorstellungen und Wunschträumen. Wie ein gangbarer Weg in der Energiepolitik aussieht, haben CDU und FDP mit ihrem Integrierten Energie- und Klimakonzept vorgemacht.

• *Ralf Stegner (SPD):* Wir wollen bis 2020 in Schleswig-Holstein 300 Prozent des theoretischen Verbrauchs aus erneuerbaren Quellen produzieren. Und wir haben Konzepte, um den Strompreis dauerhaft bezahlbar halten zu können.

• *Eka von Kalben (Grüne):* Netze gehören eigentlich in öffentliche Hand, in Bürgerhand. Die Privilegierung der stromintensiven Industrie belastet den sogenannten kleinen Mann.

• *Wolfgang Kubicki (FDP):* Kopflös, tölpelhaft und von Sachkenntnis befreit, so könnte man den Start des neuen Energiewendeministers zusammenfassen. Die Energiewende bewirkt, dass die Strompreise in naher Zukunft steigen. Energie darf kein Luxusgut werden.

• *Angelika Beer (Piraten):* Wir wollen eine umfassende Strategie zur Energiewende, die die Bevölkerung umfassend informiert und sie über grundlegende demokratische Selbstbestimmungsrechte in die Entscheidungen einbezieht.

• *Lars Harms (SSW):* Würden wir an den Groß-Kraftwerken und den fossilen Energieträgern weiter festhalten, würde die Rohstoffverknappung über kurz oder lang die Energiepreise unbezahlbar machen. Ein Pfeiler der regenerativen Energien ist und bleibt die Windkraft. ■

Saatgutkontrolle

Die Zuständigkeit für die Zulassung und Kontrolle von Saat- und Pflanzgut in Forsten soll von der Landwirtschaftskammer auf das Agrarministerium übergehen. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, der nun im Umwelt- und Agrarausschuss beraten wird. (Drucksache 18/71)

"Deichsteuer" vor dem Aus

Die von der alten Landesregierung geplante Küstenschutzabgabe steht vor dem Aus. Sie soll im Landeswassergesetz gestrichen werden.

Die "Deichsteuer" sollte von Haus- und Grundstücksbesitzern in hochwassergefährdeten Gebieten erhoben werden und rund sechs Millionen Euro pro Jahr in die Landeskasse spülen. Oliver Kumbartzky von den Liberalen, die die Gesetzesänderung vorgelegt hatten, sprach von einem „bürokratischen Monster“. Jetzt beraten die Ausschüsse Umwelt- und Agrar sowie Finanzen. Weitere Redner: K. Jensen (CDU), G. Trauernicht (SPD), B. Voß (Grüne), F. Meyer (SSW), Minister R. Habeck (Grüne) - Die Piraten beteiligten sich nicht an der Debatte / (Drs. 18/69) ■

Gentechnikfreie Region

Schleswig-Holstein ist Anfang September nach siebenjähriger Auszeit wieder dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten.

Eine entsprechende Ankündigung von Agrarminister Robert Habeck (Grüne) im Landtag stieß bei SPD, Grünen, Piraten und SSW auf Zuspruch. Union und Liberale reagierten verhalten und sprachen von reiner Symbolpolitik. Schleswig-Holstein war 2003 Gründungsmitglied des Verbundes. Im August 2005 war die Mitgliedschaft unter der Regierung der damaligen Großen Koalition gekündigt worden.

Weitere Redner: K. Dolgner (SPD), B. Voß (Grüne), E. Klug (FDP), A. Beer (Piraten), F. Meyer (SSW) / (Drucksache 18/70) ■

Autobahn 20 spaltet das Plenum

Die Nord-Ampel hält an ihrem Ziel fest, die A20 bis zum Jahr 2017 bis zur A7 bei Bad Bramstedt zu verlängern. Den weiteren Ausbau der sogenannten Küstenautobahn in Richtung Elbe schloss die Koalition in dieser Legislaturperiode aber als „unrealistisch“ aus.

Die CDU/FDP-Opposition forderte hingegen, mit dem Bau eines Teilabschnitts zwischen Hohenfelde und Sommerland im Kreis Steinburg schnellstmöglich zu beginnen und so eine Zufahrt sowie ein Symbol für die geplante Elbquerung bei Glückstadt zu schaffen.

Für den Autobahn-Bau im Kreis Steinburg sind im Bundesverkehrswegeplan bis zum Jahr 2015 insgesamt 79 Millionen Euro eingestellt. Diese Summe wollen SPD, Grüne und SSW in Schleswig-Holstein nun umschichten, um erst die Strecke zwischen dem derzeitigen Autobahnende bei Weede und Bad Bramstedt (Kreis Segeberg) fertig zu stellen. Das sei die einzig vernünftige Lösung, betonten SPD, Grüne und

SSW. Und Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) versprach: Die Planfeststellungsverfahren auf den Abschnitten westlich der A7 würden zeitgleich „mit Ehrgeiz“ weiter vorangetrieben. Das Ziel, die A20 an die A7 anzuschließen, sei vor dem Hintergrund eines „völlig unterfinanzierten Bundes-Verkehrswegeplanes ambitioniert“, so Meyer.

CDU und FDP, die die Debatte angestoßen hatten, befürchten hingegen, die Koalition stehe nicht zu ihren Ankündigungen und schade Schleswig-Holstein. Zudem mutmaßten sie, dass die Grünen grundsätzlich einen Weiterbau westlich der A7 verhindern wollen. Die Piraten forderten einen für die Bürger „transparenten und offenen“ Planungsprozess.

Zwei Wochen nach der Landtagsdebatte verlautete aus dem Bundesverkehrsministerium, dass der voraussichtlich 1,3 Milliarden Euro teure Elbtunnel privat gebaut, finanziert und betrieben werden soll. Im Gespräch sei eine Mautgebühr in Höhe von 4,75 Euro für Pkw und 25 Euro für Lkw.

Weitere Redner: A. Tietze (Grüne), C. Vogt (FDP), A. Beer (Piraten), L. Harms (SSW) (Drs. 18/57, /82, /88, /111) ■

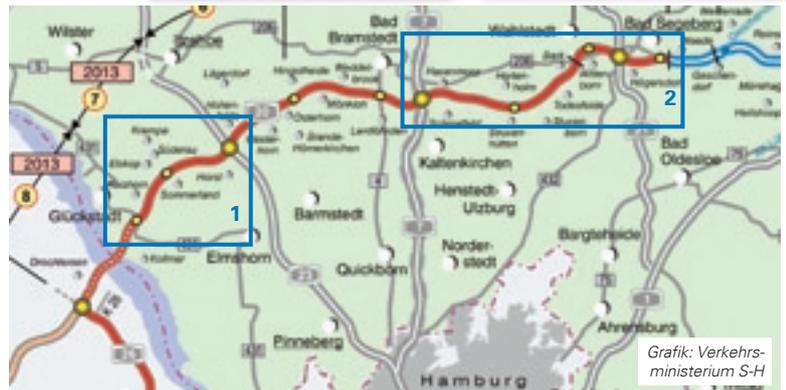
Durchgehender Ausbau? Pro und Kontra



Kai Vogel (SPD): „Es ist vernünftig, von Ost nach West zu bauen und nicht ein Stückchen hier und da. Straßenbaudenkmäler braucht kein Mensch.“



Hans-Jörn Arp (CDU): „Hier geht es um das Signal, das wir aussenden, indem wir sagen: Jawohl, wir müssen westlich der A7 weiter bauen.“



Der Knackpunkt in der Debatte: CDU und FDP plädieren dafür, zunächst den im Bundesverkehrswegeplan vermerkten Streckenabschnitt Hohenfelde/Sommerland (in der Karte mit 1 bezeichnet) zu bauen; die Nord-Ampel will die Gelder umschichten und lückenlos zwischen Weede und Bad Bramstedt weiterbauen (in der Karte: 2)

Kritik an "EU-TÜV"

Geschlossen hat das Plenum Bedenken zu einer von der EU-Kommission erarbeiteten Verordnung geäußert, wonach sieben Jahre alte Autos jährlich zum TÜV sollen. Die Landesregierung wurde gebeten, diese Bedenken im Bundesrat vorzutragen. CDU und FDP im Landtag sehen das Prinzip der Subsidiarität, also der regionalen und nationalen Eigenverantwortung, verletzt. (Drs. 18/80neu)

Wahlen

Der Landtag hat sieben Mitglieder für Schleswig-Holstein in den Medienrat der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein gewählt. Es sind die ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Roswitha Strauß und der ehemalige Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU) sowie Lothar Hay (ehemaliger SPD-Fraktionschef), Elke Putzer (2. stellv. Landesvorsitzende des SSW), Martin Schumacher (Vorschlag der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker), Thomas Lange (Vorschlag des BUND) und der von den Piraten nominierte Jens Kramer. Hay wurde zwischenzeitlich zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt. (Drs. 18/120)

Regina Poersch (SPD-Abgeordnete) und Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW) werden Schleswig-Holstein bis Januar 2015 im Ausschuss der Regionen vertreten. (Drs. 18/103, /114neu, /134)

Der CDU-Abgeordnete Peter Lehner wurde in die Regionalkammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) als stellvertretendes Mitglied gewählt. (Drs. 18/118neu)

Union und Liberale fordern vergeblich klares Votum für zügigen Ausbau der S4

Für SPD, Grüne und SSW haben der Ausbau der S4 und S21 sowie der Bau der StadtRegionalBahn (SRB) um Kiel gleichrangige Bedeutung. Damit traten die Koalitionäre dem Vorwurf der Oppositionsfractionen von CDU und FDP entgegen, den mit Hamburg anvisierten zügigen Ausbau der S4 zwischen Bad Oldesloe und Ahrensburg infrage zu stellen.

Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) hob hervor, dass bis 2019 die Finanzierung der drei Projekte auf den Weg gebracht werden müsste. Die Kosten für den Ausbau der S4 bezifferte er auf 350 Millionen Euro, den Ausbau der S21 veranschlagte er mit 50 Millionen Euro. Die SRB nannte Meyer ein 382 Millionen teures Modellvorhaben für „die Zukunft der Kernregion Kiel“.

Anlass der Debatte war ein Antrag von FDP und CDU, in dem der Ausbau der S4 als „vordringlichste

Aufgabe beim Ausbau des Schienen-Nahverkehrs“ bezeichnet wird. Christopher Vogt (FDP) war es ein Dorn im Auge, dass im Gespräch sei, den Landesanteil an den Infrastrukturkosten für die SRB von 15 Prozent auf bis zu 25 Prozent zu erhöhen. Es sei grundsätzlich nicht Aufgabe des Landes sich an so einem regionalen Projekt zu beteiligen, so Vogt.

Weitere Redner: H.-J. Arp (CDU), O. Schulze (SPD), A. Tietze (Grüne), F. Meyer (SSW) - die Piraten verzichteten auf einen Redebeitrag / (Drs. 18/81neu, /112) ■

Politik trifft Landfrau



Bei ihrem traditionellen Rundgang über die Norla konnten sich die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses Ende August wieder hautnah von der Produktvielfalt der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft überzeugen – hier feilgeboten von Landfrau Frauke Thode, Botschafterin für heimische Produkte der Landwirtschaftskammer. Der Rundgang der Agrarexperten über die größte landwirtschaftliche Fachmesse in Norddeutschland, bei der in diesem Jahr die Land- und Stalltechnik im Mittelpunkt stand, ist ein offizieller Ausschusstermin für die Politiker (Foto v. r.: Ausschussvorsitzender Hauke Göttisch, CDU, Kai Dolgner, SPD, Heiner Rickers, CDU, Flemming Meyer, SSW, und Oliver Kumbartzky, FDP. Die Veranstalter der Norla zählten wie im Vorjahr wieder weit über 70.000 Besucher, die vom 30. August bis 2. September nach Rendsburg geströmt waren. Einen Anziehungspunkt stellte erneut der Messestand des Landtages dar, an dem sich Jung und Alt über die Arbeit des Parlamentes informierten und mit zahlreichen Landtagsabgeordneten aktuelle politische Themen diskutierten.

Petitionsausschuss: Neue Besetzung – gleiches Ziel

Der Petitionsausschuss des Landtages wird sich auch in dieser Wahlperiode „über Parteigrenzen hinweg intensiv und verantwortungsvoll“ mit den Sorgen der Bürger befassen.

Das hat der neue Vorsitzende, Uli König (Piraten), im Landtag angekündigt. Der Ausschuss, der als "Kummerkasten des Landtages" gilt, hat sich nach der Wahl in fast komplett neuer Besetzung zusammengefunden. König: Dass der Petitionsausschuss von den Bürgern seit Jahren als „bedeutsamer Ansprechpartner bei Sorgen und Problemen mit staatlichen Stellen“ angenommen wird, sei auch der „engagierten, erfolgreichen und bürgernahen Arbeit“ seiner Vorgängerin Katja Rathje-Hoffmann (CDU) zu verdanken. Erfreulich nannte es König, dass mittlerweile fast jede vierte Petition per E-Mail eingehe.

Zudem präsentierte der neue Vorsitzende den Tätigkeitsbericht für das erste Quartal 2012: In dieser Zeit gingen 122 neue Petitionen ein; 97 wurden abschließend behandelt, davon 33 ganz oder teilweise im Sinne der Petenten. Schwerpunkte lagen in den Bereichen Justiz und Soziales. (Drucksache 18/76)

Heißer Herbst im Landtag: Haushaltsberatung beginnt

Einen prallgefüllten Terminkalender müssen die Landtagsabgeordneten in den kommenden Monaten abarbeiten, wenn sie eine ihrer Kernaufgaben erledigen: den Haushalt für das kommende Jahr aufstellen. Die Beratung des Etats 2013 ist zudem der erste Härte-test für das neue Regierungsbündnis aus SPD, Grünen und SSW.

Nach den Vorstellungen der Koalition soll der Haushalt Ende Oktober dem Parlament zugeleitet, Mitte November in Erster Lesung beraten und im Januar verabschiedet werden (s. unten).

Dieser Zeitplan ist der Opposition zu knapp bemessen: Es lägen nur zwei Wochen zwischen der Vorlage des mehrere hundert Seiten starken Entwurfs und der Ersten Lesung im Plenum. Dies sei inakzeptabel, weil eine sorgfältige Beratung nicht möglich sei, hieß es im August bei CDU und FDP. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) betonte dagegen, dass alle gesetzlichen Fristen eingehalten würden. Unterdessen hat Heinold Anfang September erste Eckwerte des Haushalts vorgelegt. Er soll ein Volumen von 9,65 Milliarden Euro haben, 380 Millionen mehr als im laufenden Jahr.

Der Fahrplan für den Landeshaushalt 2013:

Ende Oktober: Kabinettsbeschluss und Zuleitung des Haushaltsentwurfs an den Landtag

14. bis 16. November: Erste Lesung im Landtag

Mittwoch 28. November: Finanzausschuss mit Innen- und Rechts-, Europa- und Bildungsausschuss. 10:00 Uhr: Haushalt des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa; 12:00 Uhr: Haushalt der Staatskanzlei; 14:30 Uhr: Haushalt des Innenministeriums

Donnerstag 29. November: Finanzausschuss. 10:00 Uhr: Haushalte des Landtages, des Landesrechnungshofes, des Finanzministeriums, der Allgemeinen Finanzverwaltung sowie der Nachschiebeliste (Änderungsvorschläge der Landesregierung)

Mittwoch 5. Dezember: Finanzausschuss mit Wirtschafts- sowie Umwelt- und Agrarausschuss. 10:00 Uhr: Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie; 14:00 Uhr: Haushalt des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Donnerstag 6. Dezember: Finanzausschuss mit Bildungs-, Sozial- sowie Innen- und Rechtsausschuss. 10:00 Uhr: Haushalt des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft; 14:00 Uhr: Haushalt des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

Donnerstag 10. Januar: Finanzausschuss. 10:00 Uhr: Vorlage der Fraktionsanträge

Donnerstag 17. Januar: Finanzausschuss. 10:00 Uhr: Beschlussfassung über den Haushalt

23. bis 25. Januar: Zweite Lesung im Landtag

* * * * *

Weitere Sitzungstermine der Ausschüsse 2012

Innen- und Rechtsausschuss: 24. u. 31. Oktober (Anhörung zum Glücksspielgesetz), 7. u. 21. November, 5. u. 19. Dezember (jeweils mittwochs um 14:30 Uhr)

Finanzausschuss: 25. Oktober, 1., 8. u. 22. November, 20. Dezember (jeweils donnerstags um 10:00 Uhr)

Umwelt- und Agrarausschuss: 24. Oktober, 21. November, (jeweils mittwochs um 14:00 Uhr)

Wirtschaftsausschuss: 31. Oktober, 28. November, 19. Dezember (jeweils mittwochs um 10:00 Uhr)

Bildungsausschuss: 25. Oktober, 22. November, (jeweils donnerstags um 14:00 Uhr)

Sozialausschuss: 8. November, 20. Dezember (jeweils donnerstags um 14:00 Uhr)

Petitionsausschuss (nicht öffentl.): 2. u. 23. Oktober, 6. u. 20. November, 4. Dezember (jeweils dienstags um 10:00 Uhr)

Europaausschuss: 24. Oktober, 21. November, 5. Dezember (jeweils mittwochs um 10:00 Uhr)

Hinweis: Aktuelle Informationen zu Beratungsthemen und ggf. Terminverschiebungen finden Sie im Internetangebot des Landtages: www.sh-landtag.de (Rubrik Parlament/Ausschüsse)

Sonderburg gescheitert

Mit Bedauern wurde im Landeshaus die Nachricht aufgenommen, dass das süddänische Sonderburg nicht europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2017 wird. Stattdessen erhielt der dänische Konkurrent Aarhus den Zuschlag.

Landtag und Landesregierung hatten die Bewerbung der Stadt an der Flensburger Außenförde in den letzten Jahren begleitet und unterstützt (s. *Landtagszeitungen* 2/2012, 10/2011). „Schade“, so die einhellige Reaktion der Fraktionen im Landtag. Landtagspräsident Klaus Schlie strich aber auch heraus: „Der besondere Wert eines grenzüberschreitenden Kulturprojekts dieser Dimension bleibt bestehen.“ Das Land müsse nun gemeinsam mit den beteiligten Kommunen sehen, welche der „großartigen Pläne“ fürs Grenzland sich dennoch umsetzen ließen. ■

Der Landtag informiert

Das Handbuch für den im Mai neu gewählten Landtag sowie weitere Informationsbroschüren liegen jetzt druckfrisch vor.

Das Handbuch enthält die Biografien aller Landtagsabgeordneten sowie zahlreiche einschlägige Rechtstexte, wie etwa die Landesverfassung, die Geschäftsordnung, das Wahlgesetz und das Abgeordnetengesetz. Außerdem wurde die Broschüre „Sitzordnung & Mehr“ aktualisiert, die einen Blick in den Plenarsaal sowie Grundsätzliches zum politischen System Schleswig-Holsteins bietet. Vertiefte Informationen zur Arbeit des Landtages enthält das Heft „Daten & Fakten“, und eine weitere neue Broschüre stellt die Aufgaben und die Zusammensetzung der Landtagsausschüsse dar.

Alle Publikationen können kostenlos im Landtag bestellt werden: Telefon 0431/988-1163 oder per Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de

Ostseepolitiker fordern Meinungsfreiheit

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat bei ihrer 21. Zusammenkunft Ende August in St. Petersburg dazu aufgerufen, Toleranz, Meinungsfreiheit und die Menschenrechte in der gesamten Ostseeregion und in ihrer Nachbarschaft zu fördern beziehungsweise zu stärken. Insbesondere die deutsche Delegation zeigte sich über das Strafmaß und den Verlauf des Gerichtsverfahrens gegen die Punkrock-Band "Pussy Riot" besorgt und verlieh – ebenso wie andere Delegationen auch – der Hoffnung auf ein Berufungsverfahren Ausdruck.

Weiterhin forderten die rund 120 Teilnehmer aus 22 nationalen und regionalen Parlamenten der Ostseeanrainerstaaten in der einstimmig angenommenen Schlussresolution, die Zusammenarbeit im südöstlichen Ostseeraum mit Schwerpunkt Kaliningrad unter anderem auf dem Gebiet der Jugendpolitik und eines nachhaltigen Tourismus' auszubauen. Dafür seien beispielsweise bürokratische Hemmnisse, wie etwa Visabeschränkungen in der gesamten Region, ab-

zubauen. Insbesondere im Bereich des Tourismus' bedürfe es – auch mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode 2014 bis 2020 – vermehrt branchenübergreifender Projekte und damit auch neuer Partner.

Aufnahme in die Resolution fanden zudem die Aufforderungen, die Verklappung von Abwässern zu stoppen und Kläranlagen zu modernisieren, verbindliche nationale Energieeffizienzziele

zu verabschieden und nachhaltige Maßnahmen zur Förderung des grünen Wachstums zu intensivieren.

Als Schwerpunkte der Integrierten Maritimen Politik soll nach dem Willen der Ostseepolitiker die Forschung für mehr Sicherheit im Seeverkehr sorgen, und es sollen gezielte Anreize für "Clean Shipping" geschaffen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion im globalen Wettbewerb zu stärken.

Die schleswig-holsteinische Delegation leitete Landtagspräsident Klaus Schlie, mit dabei waren die Abgeordneten Astrid Damerow (CDU), Regina Poersch (SPD), Bernd Voß (Grüne), Christopher Vogt (FDP), Angelika Beer (Piraten) und Jette Waldinger-Thiering (SSW).

Landtagspräsident Schlie zeigte sich erfreut, dass über den Wert dieser interregionalen Zusammenarbeit seit jeher ein partei- und fraktionsübergreifender Konsens bestehe. Schleswig-Holstein habe die Ostseekooperation in zwei Jahrzehnten wesentlich mitgestaltet. Die daraus entstandenen Netzwerke seien, so Schlie, ein Gewinn für das Land zwischen den Meeren und müssten konsequent für eine weitere Vertiefung der grenzüberschreitenden Arbeit genutzt werden. ■

Ausbildung im Landtag

Auch in der neuen Wahlperiode setzt der Landtag seine Ausbildungsinitiative fort. Anfang September begrüßte Landtagspräsident Klaus Schlie zwei neue Azubis in der Landtagsverwaltung und verabschiedete zugleich die jungen Frauen und Männer, die in den letzten Jahren erfolgreich im Landtag einen Beruf erlernt haben.

Mit ihren frisch unterzeichneten Ausbildungsverträgen treten Laureen Vöge und Jessica Jahnke (unten von links) ihre Lehrzeit im Landtag an. Sie werden in den kommenden drei Jahren zur Kauffrau für Bürokommunikation beziehungsweise zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste ausgebildet.

Nach erfolgreichem Abschluss blicken dagegen die ehemaligen Azubis Lina Nothmann, Catharina Börgert und André Schümann (oben v. li.) optimistisch auf ihren weiteren beruflichen Weg. Nach insgesamt dreijähriger Tätigkeit als Volontärin und Redakteurin hat zudem Melanie Walfort Ende August die Redaktion der Landtagszeitung verlassen und eine Stelle als Pressereferentin im Münsterland angetreten.

Der Landtag dankt allen "Ehemaligen" für ihren Einsatz und wünscht alles Gute und viel Erfolg für die Zukunft – und den neuen Azubis im Landtag natürlich einen guten Start im neuen beruflichen Umfeld!





Über 1.000 Menschen leben Inklusion

Für ein Miteinander in der Gesellschaft

„Zwo, drei, vier, planieren wir Barrieren weg, das ist der Zweck, der Vision Inklusion, deshalb sind wir hier!“ Mit diesem Lied und bunten, lärmenden Walzen haben die Husumer "Dezibelatoren" den mit 500 Euro dotierten Sieg beim Wettbewerb zum 2. "Krach-Mach-Tach" in Kiel errungen. Eingeladen hatte der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Ulrich Hase.

Angetan von dem lautstarken Umzug mit mehr als 700 Menschen durch die Innenstadt war auch der Schirmherr, Landtagspräsident Klaus Schlie: „Hier wird ein wichtiges Zeichen gesetzt gegen Ausgrenzung und für ein produktives Miteinander in unserer

Gesellschaft.“ Auf die Anregung eines jungen Gehörlosen hin, einen mit Gebärdensprache unterlegten Film über die Arbeit des Landtages zu drehen, versprach Schlie: „Das machen wir, gleich Montag fangen wir mit der Umsetzung an!“

Insgesamt hatten sich 18 Gruppen, bestehend aus Menschen mit und ohne Behinderung, mit selbstgebauten "Krach-Mach"-Vehikeln beteiligt. Platz 2 ging an die Kappeler Werkstätten mit ihrem fast 20 Meter langen Drachen "Nicomuck", Platz 3 an die Gruppe "Tomtom" aus Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern). Mit in

der Jury saß auch die Siegerin bei den Paralympics von London, die Schwimmerin Kirsten Bruhn aus Neumünster. Nach der Siegerehrung hatten die über 1.000 Gäste der Veranstaltung Gelegenheit, sich im Landeshaus über die Behindertenorganisationen sowie die Arbeit des Landtages zu informieren, ein buntes Kulturprogramm mit Musik und Theater zu genießen und sich bei einer Diskussion mit Politikern einzubringen.

Insgesamt äußerte sich der Behindertenbeauftragte sehr zufrieden mit dem "Krach-Mach-Tach". Gleichwohl sei man von einer Gleichstellung und einer Verwirklichung der Inklusion noch weit entfernt, so Hase. ■



Im Plenarsaal lockte eine Diskussionsrunde mit dem Behindertenbeauftragten, Ulrich Hase (links) sowie den Landtagsabgeordneten Wolfgang Dudda (Piraten), Heike Franzen (CDU), Anita Klahn (FDP) und Marret Bohn (Grüne)



Während nach der Ankunft der "Krach-Macher" rund um das Landeshaus ein buntes Fest mit Kleinkunst und Musik, unter anderem mit dem Blues&Boogie-Duo Georg Schroeter und Marc Breitenfelder, gefeiert wurde (Fotos oben), präsentierten sich in der Eingangshalle des Parlamentsgebäudes zahlreiche in der Behindertenarbeit aktive Verbände und Organisationen.

Christoph Cornelißen
und Carsten Mish (Hg.)

Wissenschaft an der Grenze
Die Universität Kiel im National-
sozialismus

Essen 2009, 422 Seiten, 9,00 Euro

Wussten Sie, dass die Landeszentrale für politische Bildung mehrere hundert ausgesuchte Bücher und Zeitschriften zu den Themenbereichen Politik, Recht, Gesellschaft und Geschichte in ihrem Bestand hat? Interessierte Bürger können diese preiswert oder sogar gratis beziehen. Die Landtagszeitung wird in lockerer Reihe ausgewählte Buchtipps – verfasst von den Experten der Landeszentrale – abdrucken. Einen Überblick über die aktuelle Angebotsliste finden Sie im Internet: www.politische-bildung-sh.de (Rubrik Publikationen)

Welcher Lehrer, Politiker, Richter oder Arzt verweist nicht gern auf seine akademischen Lehrer, die oft sogar als Leitfiguren für den eigenen Werdegang bezeichnet werden. Deshalb war es für eine ganze Generation von Hochschulabsolventen ein schmerzlicher Prozess, als sie seit den 1980er und 1990er Jahren in immer neuen Enthüllungswellen erfahren mussten, dass ihre Professoren sich in nicht unerheblichem Maße

den nationalsozialistischen Macht-habern unterworfen hatten, wissentlich und williglich.

Christoph Cornelißen und Carsten Mish haben diesen Sachverhalt zusammen mit 16 Fachwissenschaftlern für die Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU) dargelegt, von Fakultät zu Fakultät. So manchem muss es wohl wie Schuppen von den Augen fallen, wenn er liest, dass Karl Schiller, der "Superminister" Willy

Brandts, strammes NSDAP-Mitglied war und schon ab 1935 am Institut für Weltwirtschaft, damals wie heute Teil der CAU, wirtschaftliche "Großraumkonzepte" entwarf. Aber er war beileibe nicht der einzige Forscher, der es mehr mit "Führer", Volk und Vaterland als mit der Freiheit der Wissenschaft hielt.

Ein aufregender Band!

Klaus Kellmann

Bitte
vormerken

Lesungen, Vorträge und Diskussionen im Landeshaus

"Politische Literatur im Landtag"

Seit mehrere Euro-Mitgliedsländer in die Schuldenfalle geraten sind, suchen die Regierungen hektisch einen Ausweg aus der Krise, und viele Bürger sorgen sich um die Stabilität der Gemeinschaftswährung und um ihr Ersparnis. **Prof. Paul J.J. Welfens**, Lehrstuhlinhaber für Europäische Wirtschaftsintegration und Makroökonomik an der Universität Wuppertal, ist dennoch überzeugt: „Für jedes Problem gibt es grundsätzlich auch eine Lösung.“

Im Rahmen der Reihe "Politische Literatur im Landtag" liest Prof. Welfens am Dienstag, dem 30. Oktober, um 19:00 Uhr aus seinem Buch "**Die Zukunft des Euro – Die Europäische Staatsschuldenkrise und ihre Überwindung**" und steht anschließend für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Der Landtag und die Landeszentrale für politische Bildung laden hierzu in den Plenarsaal des Landeshauses ein. Der Eintritt ist frei, lediglich der Personalausweis ist erforderlich.

Um Anmeldung wird gebeten, per Mail: kontakt@landtag.ltsh.de oder telefonisch unter 0431/988-1163

Weitere Veranstaltungen:

Am Donnerstag, 25. Oktober, laden die Landeszentrale für politische Bildung und die Hermann-Ehlers-Akademie zu einer Lesung mit Liedgesang. Um 19:00 Uhr stellt der Hamburger Historiker **Peter Reichel** im Plenarsaal sein neues Buch "**Glanz und Elend**

deutscher Selbstdarstellung" vor. Reichel wirft einen Blick auf nationale Symbole wie Feiertage, Baudenkmäler und das Deutschlandlied und beschreibt, wie unterschiedlich sie im Lauf der Jahrzehnte wahrgenommen worden sind. Der Frankfurter Schauspieler und Sänger Erich Schaffner trägt dazu Lieder vor.

Im November wird zudem die **Vortragsreihe "Deutschland – Gefährliche Heimat?!"** abgeschlossen. Hier beleuchten Fachleute verschiedene Aspekte des Rassismus und des Rechtsextremismus. Am Freitag, dem 2. November, um 18:00 Uhr, referiert **Prof. Anja Pistor-Hatam** über das Thema "**Angst vor ‚dem Islam‘? Über Vielfalt und Verständigung in Deutschland und Europa**". Die Islamwissenschaftlerin von der Uni Kiel setzt sich mit der oft klischeehaften Darstellung von Muslimen in der öffentlichen "Islamkritik" auseinander.

Am Mittwoch, dem 7. November, spricht um 19:00 Uhr **Dr. David Ranan** über "**Das besondere Verhältnis zwischen Israel und Deutschland**" im Plenarsaal und wirft die Frage auf: „Ist Kritik erlaubt?“ Anlass ist unter anderem das umstrittene Israelkritische Gedicht von Günter Grass. Ranan, in London lebender Autor deutsch-israelischer Abstammung, ist auch noch am folgenden Morgen, dem 8. November, im Landeshaus zu Gast. Um 10:00 Uhr ist zum gleichen Thema ein Vortrag mit Diskussion für Schulklassen (ab Klasse 9) geplant. Hier sind noch Plätze frei.

Der Eintritt ist auch bei diesen Veranstaltungen frei, der Personal-

ausweis ist erforderlich. Um Anmeldung wird gebeten, per Mail: ljb@landtag.ltsh.de oder telefonisch unter 0431/988-1646. ■

Impressum

Herausgeber: Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion: Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 7121, 24171 Kiel
Annette Wiese-Krukowska (verantwortlich),
Tel.: 0431/988-1116,
E-Mail: awk@landtag.ltsh.de
Detlef Ziep, Tel.: 0431/988-1527,
E-Mail: detlef.ziep@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas, Tel.: 0431/988-1125,
E-Mail: karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos: M. August, K. Blaas, M. Heid/LK-SH (S. 12), T. Eisenkrätzer, grafikfoto.de (S. 6 u. 9), T. Schwarz (Archiv), R. Simon, D. Ziep

Satz, Grafik und Druck:
Schmidt & Klaunig, Medienhaus Kiel,
Ringstr. 19, 24114 Kiel

Bezug der Landtagszeitung:
(Abonnement u. Versand kostenfrei)

**Landtag Schleswig-Holstein,
Öffentlichkeitsarbeit, L308,
Postfach 7121, 24171 Kiel oder
Telefon: 0431 / 988-1163**

**(Fax: 988 -1119) oder
E-Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de**

Die Zeitung erscheint zehnmal jährlich, jeweils wenige Tage vor jeder Plenartagung. Sie wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Der Landtag im Internet:
www.sh-landtag.de**



Nr. 07/2012 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L308, Postfach 7121, 24171 Kiel



Möchtest Du mitreden?

"Jugend im Landtag" hat noch Plätze frei

Bei der Veranstaltung "Jugend im Landtag", die von Frei-
tag, dem 23. bis Sonntag, dem 25. November im Landes-
haus stattfinden wird, sind noch einige Plätze frei.

Ein Wochenende lang werden auch in diesem Jahr wieder rund
90 junge Leute aus ganz Schleswig-Holstein mit den Politikern
die Plätze tauschen, miteinander diskutieren, Anträge erarbei-
ten und Beschlüsse fassen. "Echte" Abgeordnete fungieren
dabei als Berater. Außerdem stellen sich die jugendpolitischen
Sprecher der Landtagsparteien dem Gespräch.

**Interessierte Jugendliche im Alter zwischen 15 und Anfang 20
werden gebeten, sich so rasch wie möglich bei Susanne Keller,
Öffentlichkeitsarbeit des Landtages, zu bewerben. Telefon:
0431/988-1118, oder per Mail: susanne.keller@landtag.ltsh.de
Infos im Internet: www.sh-landtag.de (Rubrik: Service)**

Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2013

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Di Neujahr KW 1	1 Fr	1 Fr	1 Mo Ostern KW 14	1 Mi Maifeiertag	1 Sa	1 Mo KW 27	1 Do	1 So	1 Di	1 Fr	1 So
2 Mi	2 Sa	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr	2 Mo KW 36	2 Mi	2 Sa	2 Mo KW 49
3 Do	3 So	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo KW 23	3 Mi	3 Sa	3 Di	3 Do Tag d. dt. Einheit	3 So	3 Di
4 Fr	4 Mo KW 6	4 Mo KW 10	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 45	4 Mi
5 Sa	5 Di	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 32	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do
6 So	6 Mi	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 19	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Fr
7 Mo KW 2	7 Do	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 41	7 Do	7 Sa
8 Di	8 Fr	8 Fr	8 Mo KW 15	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 28	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr	8 So
9 Mi	9 Sa	9 Sa	9 Di	9 Do Himmelfahrt	9 So	9 Di	9 Fr	9 Mo KW 37	9 Mi	9 Sa	9 Mo KW 50
10 Do	10 So	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 24	10 Mi	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di
11 Fr	11 Mo KW 7	11 Mo KW 11	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo KW 46	11 Mi
12 Sa	12 Di	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 33	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do
13 So	13 Mi	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 20	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr
14 Mo KW 3	14 Do	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 42	14 Do	14 Sa
15 Di	15 Fr	15 Fr	15 Mo KW 16	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 29	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So
16 Mi	16 Sa	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 Mo KW 38	16 Mi	16 Sa	16 Mo KW 51
17 Do	17 So	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 25	17 Mi	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Di
18 Fr	18 Mo KW 8	18 Mo KW 12	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo KW 47	18 Mi
19 Sa	19 Di	19 Di	19 Fr	19 So Pfingsten KW 21	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 34	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do
20 So	20 Mi	20 Mi	20 Sa	20 Mo	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr
21 Mo KW 4	21 Do	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Sa	21 Mo KW 43	21 Do	21 Sa
22 Di	22 Fr	22 Fr	22 Mo KW 17	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 30	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So
23 Mi	23 Sa	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 Mo KW 39	23 Mi	23 Sa	23 Mo KW 52
24 Do	24 So	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo KW 26	24 Mi	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di
25 Fr	25 Mo KW 9	25 Mo KW 13	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo KW 48	25 Mi
26 Sa	26 Di	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo KW 35	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do
27 So	27 Mi	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 22	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr
28 Mo KW 5	28 Do	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 44	28 Do	28 Sa
29 Di		29 Fr Karfreitag	29 Mo KW 18	29 Mi	29 Sa	29 Mo KW 31	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So
30 Mi		30 Sa	30 Di	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr	30 Mo KW 40	30 Mi	30 Sa	30 Mo KW 1
31 Do		31 So Ostern	31 Fr	31 Fr	31 Fr	31 Mi	31 Sa	31 Sa	31 Do	31 Di	31 Di Silvester

■ Plenum des Landtages ■ Plenum des Bundesrates ■ Sitzungsfreie Zeit / Schulferien

2013